

Wolfgang Sander

"...daß Auschwitz nicht sich wiederhole"

Thesen zum Rechtsextremismus als Herausforderung für die politische Bildung

"Aller politische Unterricht ...
sollte zentriert sein darin, daß
Auschwitz nicht sich wiederhole."

(Theodor W. Adorno: Erziehung zur Mündigkeit)

Vorbemerkungen¹

- Politische Bildung ist keine Feuerwehr

Politische Bildung kann nicht nach Belieben gerufen werden, um akute Brände in Gesellschaft und Politik zu löschen. Gesellschaftlich-politische Probleme müssen letztlich politisch, nicht pädagogisch gelöst werden. Das heißt nicht, daß politische Bildung in der Auseinandersetzung mit dem aktuellen Rechtsextremismus keine Rolle zu spielen hätte. Aber ihre Hauptaufgabe liegt eher in der präventiven pädagogischen Arbeit, oder, um im Bild zu bleiben: im vorbeugenden Brandschutz.

- Es gibt keine Patentrezepte

Es kann sie schon deshalb nicht geben, weil die konkreten biographischen Gründe, die Jugendliche (und Erwachsene) für rechtsextremes Denken anfällig machen, im Einzelfall sehr unterschiedlich sein können und entsprechend unterschiedliche pädagogische Reaktionen erfordern. Die folgenden Thesen erheben daher nicht den Anspruch, ein geschlossenes Konzept vorzustellen; eher sind sie als Bausteine zu einem Mosaik möglicher Ansatzpunkte politischer Bildung in der Auseinandersetzung mit dem neuen Rechtsextremismus zu verstehen.

- Es ist legitim, auf eine Überwindung rechtsextremer Einstellungen hinzuarbeiten.

Der Rechtsextremismus steht außerhalb des demokratischen Grundkonsens, rechtsextreme Einstellungen können daher im Unterricht nicht den gleichen Schutz vor pädagogischer Beeinflussung beanspruchen wie die innerhalb des demokratischen Spektrums. Dies sagt aber noch nichts über den konkreten Umgang mit rechtsextrem argumentierenden Schülern aus.

Thesen zur pädagogischen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Schülern

1. Erste pädagogische Aufgabe ist es, mit rechtsextrem denkenden Schülern im Gespräch zu bleiben bzw. Gesprächsbereitschaft herzustellen: Auch rechtsextreme Schüler bleiben Schüler.

Verweigerung von Gesprächsbereitschaft führt lediglich zur Einigelung im rechtsextremen Weltbild und bewirkt, weil sie Schülern erneut das Gefühl vermittelt, nicht ernst genommen zu werden, eher eine Verstärkung rechtsextremer Einstellungen. Schule ist kein verlängerter Arm staatlicher Gewalt, sondern hat eine pädagogische Verantwortung für alle

Schülerinnen und Schüler. Sie muß auch und gerade rechtsextrem argumentierenden Schülern das sichere Gefühl vermitteln, ernst genommen und als Person auch dann akzeptiert zu werden, wenn ihre Ansichten den Lehrern gegen den Strich gehen. Die Wiedergewinnung von Vertrauen ist die erste Voraussetzung für eine Gesprächsbereitschaft, die dann längerfristig zu Änderungen im Weltbild der betroffenen Schüler führen kann.² Für die Äußerung rechtsextremer Meinungen darf es im Unterricht keine Sanktionen geben (wohl aber für die Anwendung von Gewalt!).

2. Lehrer müssen Widerpart sein und ihre eigene Überzeugung offen vertreten; es kommt darauf an, eine Kultur des Dissens zu entwickeln und die "Intoleranz gegenüber jeder Intoleranz mit Toleranz gegenüber den noch Intoleranten (zu) verbinden"³

Diese These ist als polare Ergänzung der ersten These zu sehen: Gesprächsbereitschaft heißt nicht Konfliktfreiheit und auch nicht Nachgiebigkeit in der Sache. Lehrer müssen im Unterricht konkret vorleben, wie Konfrontation in der Sache mit persönlichem Respekt vereinbar ist. Sie müssen den Autoritätskonflikt, der insbesondere bei einer provokativen Präsentation rechtsextremer Meinungen durch Schüler eine Rolle spielt, aushalten und austragen, denn Ich-Stärke - an der es Rechtsextremen ja gerade mangelt - kann sich ohne das produktive Durchleben von Autoritätskonflikten nicht bilden⁴.

Thesen zu den präventiven Möglichkeiten politischer Bildung auf der Ebene kognitiven Lernens

3. Politische Bildung kann rechtsextremen Einstellungen durch die Arbeit an deren ideologischen Grundlagen entgegenwirken; zudem stiftet sie damit bei Schülern, die für rechtsextremes Denken anfällig sind, kognitive Dissonanzen.

Die wirkungsvollste inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus findet nicht notwendigerweise in einer Unterrichtseinheit zu diesem Thema statt. Wichtiger dürfte es sein, daß die politische Bildung an vielen anderen Themen den Schülerinnen und Schülern Einsichten vermittelt, die dem rechtsextremen Weltbild widersprechen und so immunisierend bzw. durch kognitive Dissonanzen produktiv verunsichernd wirken. So kann beispielsweise bei den Themen "Familie", "Frauenalltag in der Geschichte" oder "Kinder in der Welt" die Einsicht erworben werden, daß es keine biologisch konditionierte Form des menschlichen Zusammenlebens, keine quasi "natürliche" gesellschaftliche Ordnung, sondern eine große Vielfalt und Variabilität menschlicher Lebensformen gibt. Ähnlich kann etwa am Beispiel der USA (aber auch der deutschen Geschichte!) gelernt werden, daß der ethisch homogene Nationalstaat keineswegs eine "natürliche" Organisationsform des Politischen ist. Ferner dürften insbesondere die in den nächsten beiden Thesen angesprochenen Themenbereiche für die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus von zentraler Bedeutung sein.

4. Politische Bildung muß durch eine Integration der Zeitgeschichte ein geschichtlich vermitteltes Bewußtsein der politischen Lage in Deutschland und Europa vermitteln; sie muß hierbei insbesondere der Geschichte der DDR und Osteuropas sowie der europäischen Integration ihre Aufmerksamkeit widmen.

Insbesondere in den neuen Bundesländern muß politische Bildung deutlich machen, daß die Geschichte der DDR und des osteuropäischen Sozialismus nicht einfach als eine historische Sackgasse betrachtet werden kann, aus der man gewissermaßen rückwärts herausfahren

und dort wieder ankommen kann, wo Europa vor der Teilung stand. Es gibt keinen Weg zurück in das Deutschland von 1945 oder auch von 1932, die Geschichte der im Sinne des 19. Jahrhunderts souveränen Nationalstaaten ist in Europa 1945 zu Ende gegangen. In den neuen Ländern (aber nicht nur dort) dürfte die europäische Integrationspolitik deshalb einer der derzeit wichtigsten Themenbereiche der politischen Bildung sein, zumal damit zu rechnen ist, daß der Rechtsextremismus nach der Lösung der Asylproblematik die Europapolitik zu seinem nächsten Thema machen wird. Die Sozialkunde sollte hier - wie auch beim Thema der nächsten These - die enge Kooperation mit den Nachbarfächern, insbesondere dem Geschichtsunterricht, suchen.

5. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bleibt eine unverzichtbare Aufgabe politischer Bildung. Unter dem Aspekt der Prävention sollten vor allem solche didaktisch-methodischen Zugänge gewählt werden, die Empathie und Identifikation mit den Opfern ermöglichen.

Auch wenn nur kleine Minderheiten der neuen Rechtsextremen sich dezidiert als neue Nationalsozialisten verstehen und vorschnelle Etikettierungen deshalb vermieden werden müssen, muß politische Bildung der von der neuen Rechten betriebenen Entsorgung der nationalsozialistischen Vergangenheit entgegenwirken und daran festhalten, daß die Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit ein Dreh- und Angelpunkt für eine demokratische, politische Identitätsbildung in Deutschland ist und auf absehbare Zeit auch bleiben wird.

Allerdings sind bloße moralische Empörung oder der Versuch, Betroffenheit durch schockierende Bilder und Filme zu erreichen, wenig hilfreiche pädagogische Strategien. Schon gar nicht eignet sich Ausschwitz als argumentativer Knüppel gegen rechtsextrem argumentierende Schüler. Erfolgversprechender sind, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Prävention, solche didaktischen Zugänge, die neben der - unverzichtbaren! - historischen Information und Analyse Empathie fördern. Hierzu gehören etwa die Beschäftigung mit Biographien von Opfern, Studien zum Alltag im Nationalsozialismus (z.B. auch in der eigenen Stadt oder Gemeinde) und literarischen Zeugnissen.

6. Politische Bildung muß Angebote für die Orientierung in einer unübersichtlichen Welt vermitteln. Die thematische Konzentration auf die Schlüsselprobleme der Gegenwart und der voraussehbaren Zukunft kann helfen, Komplexität didaktisch zu reduzieren und Lernen in Zusammenhängen zu ermöglichen.⁵

Diese sehr allgemeine Aufgabe politischer Bildung wird deshalb hier hervorgehoben, weil ganz offensichtlich Angst- und Ohnmachtsgefühle angesichts einer komplexen und als undurchschaubar empfundenen gesellschaftlichen Realität eine zentrale Triebfeder für die Anfälligkeit von Individuen für rechtsextreme Parolen sind. Politische Bildung muß dagegen die Erfahrung vermitteln, daß es erkennbare Strukturen und Zusammenhänge in dieser unübersichtlichen sozialen und politischen Realität gibt, und daß es lohnt, den eigenen Verstand zu gebrauchen. Die thematische Konzentration auf die Schlüsselprobleme unserer Zeit ist hierbei didaktisch hilfreich, weil sie Schülerinnen und Schülern die Entwicklung eines begründeten Verständnisses von wesentlichen Merkmalen der Epoche, in der wir leben, ermöglicht. Ferner ermöglicht die Konzentration auf Schlüsselprobleme das Erkennen von Zusammenhängen zwischen konkreten politischen Tagesproblemen und fundamentalen Signaturen unserer Epochen, so z.B. von Zusammenhängen zwischen Asylproblematik in Deutschland und weltweiten Wanderungs- und Fluchtbewegungen.

7. Politische Bildung muß Schüler befähigen, ihre eigenen Interessen zu erkennen, zu formulieren und nicht zuletzt: mit gewaltfreien Mitteln zu vertreten.

Dies erfordert auch die Vermittlung von instrumentellen und kommunikativen Fähigkeiten (z.B. eigene Meinung in kontroversen Diskussionen vertreten, Flugblätter oder Leserbriefe verfassen, Informationen beschaffen).

Auch dies ist eine allgemeine Aufgabe politischer Bildung; sie wird hier erwähnt, weil Gewaltaktionen von Jugendlichen sicher auch etwas damit zu tun haben, daß sie nicht über die Fähigkeit verfügen, Ursachen von Frustration und ohnmächtiger Wut zu analysieren und nach Mitteln und Wegen zu suchen, eigene Interessen mit Aussicht auf Erfolg gewaltfrei politisch zur Geltung zu bringen. Politische Bildung muß u.a. Instrumente gegen die Hilflosigkeit im politischen Feld vermitteln; auch in diesem Sinne muß sie konkrete Alternativen zu den Parolen der Rattenfänger anbieten. Dies kann sich z.B. in der Analyse der Freizeitsituation von Jugendlichen im Stadtteil und der Entwicklung konkreter Vorschläge und Forderungen zur Verbesserung dieser Situation niederschlagen.

Thesen zu Möglichkeiten der Prävention auf der Ebene sozialen Lernens: Schule als Lebens- und Erfahrungsraum

8. Schulisches Lernen muß - häufig im Sinne nachholender, kompensatorischer Sozialisation - den Erwerb von Grundqualifikationen sozialen Handelns fördern (Empathie, Rollendistanz, Ambiguitätstoleranz, kommunikative Kompetenz).

Hinter dieser These steht die Annahme, daß die Neigung zu rechtsextremen Einstellungen auch mit elementaren Sozialisationsdefiziten zu tun hat, die die Schule im Bereich des sozialen Lernens auszugleichen versuchen muß. Hierzu gehören die genannten Grundqualifikationen⁶:

- Empathie als die Fähigkeit, sich in die Erwartungen und Perspektiven anderer hineinzuversetzen; eine Fähigkeit, die politische Bildung durch Rollenspiele und Perspektivenwechsel in der Analyse von Fällen und sozialen Situationen üben kann.⁷
- Rollendistanz als die Fähigkeit, Anforderungen nicht einfach zu übernehmen, sondern vor dem Hintergrund eigener Ansprüche kritisch zu prüfen; eine Fähigkeit, die auf der Ebene des Sozialverhaltens in der Klasse im Spannungsfeld von Individualität und Konformität trainiert werden kann
- Ambiguitätstoleranz als die Fähigkeit, uneindeutige Situationen auszuhalten und Toleranz für Unstimmiges und Mehrdeutiges zu entwickeln. Der Mangel an Ambiguitätstoleranz ist ein zentraler Aspekt von Fremdenfeindlichkeit sowie des rechtsextremen Syndroms einer Suche nach "klaren Verhältnissen". Politische Bildung muß im Grunde in jeder Unterrichtseinheit die Einsicht fördern, daß die Verhältnisse zwischen Menschen in aller Regel nicht klar und eindeutig sind und daß die Welt sich nicht in Gut und Böse, Schwarz und Weiß einteilen läßt.
- Kommunikative Kompetenz als die Fähigkeit, an Verständigungsprozessen über Erwartungen und ihren Sinn teilzunehmen und Identität in kommunikativen Prozessen bilden zu können. In der Schule dürfte die Schule selbst, die Verständigung über die Regeln, die im Schulalltag gelten sollen und ihre Begründungen, der erste und grundlegende Bereich für den Erwerb von kommunikativer Kompetenz sein.

9. Die schulischen Interaktionsprozesse müssen so beschaffen sein, daß sie Schüler stärken und ermutigen können.

Wenn, wie schon erwähnt, der Mangel an Ich-Stärke eine wesentliche psychische Komponente der Anfälligkeit für rechtsextremistisches Denken ist, dann müssen die schulischen Interaktionsprozesse daraufhin überprüft werden, wie sie diesem Mangel entgegenwirken können. Für eine solche kritische Überprüfung gibt es allen Anlaß, spricht doch vieles für die These Heitmeyers, daß auch die Schule zur Anfälligkeit von Schülern für den Rechtsextremismus beiträgt, indem sie durch eine rigorose und weithin pädagogisch sinnentleerte Leistungsorientierung die Jugendliche auf die Rolle als (Schul-) Leistungsträger reduziert und die Erfahrung eines von formalen Leistungen unabhängigen Angenommenseins nicht mehr vermittelt⁸. Viel zu sehr haben wir uns an die alltäglichen Verletzungen der Würde der Kinder in der Schule gewöhnt, über die Ute Andresen in einem Buch über den gewöhnlichen Alltag in der Grundschule (und über mögliche Alternativen) berichtet⁹. So gesehen, ist die Anfälligkeit allzu vieler Jugendlicher für rechtsextreme Einstellungen auch eine fundamentale Herausforderung für das Selbstverständnis der Schule, eine Herausforderung, die in einer neuen öffentlichen Debatte über den Sinn unserer Schulen aufgenommen werden muß.

10. Die Schule muß von dem massiven Druck, durch ihre Abschlüsse Lebenschancen zu verteilen, entlastet werden, damit geduldiges, an der Sache orientiertes Lernen und Erfahrungen von Solidarität und Angenommen-sein für die Schüler möglich sind. Die Schule sollte keine Verlierer produzieren.

Diese These spricht die bildungspolitische Seite der Problematik an. Solange der über (verständliche!) Erwartungen von Eltern vermittelte, von der sozialen Selektionsfunktion der Schule erzeugte Konkurrenz- und Leistungsdruck bis in die Grundschule, in Ansätzen sogar schon bis in die Kindergärten durchschlägt, werden alle Forderungen nach einer pädagogisch begründ- und vertretbaren, an den vielfältigen und sehr unterschiedlichen Möglichkeiten der Kinder orientierte Lernorganisation in der Schule vergeblich bleiben. Letzlich wird nur eine Entkoppelung von Schulabschluß und Beschäftigungssystem der Schule den Freiraum verschaffen könne, den sie für eine pädagogisch orientierte Lernorganisation benötigt¹⁰.

Schlußbemerkung

Der neue Rechtsextremismus erreicht zwar nur Minderheiten, aber er ist kein gesellschaftliches Randproblem. Seine Wurzeln liegen, wie die sozialwissenschaftliche Forschung gezeigt hat, in Spannungen, Widersprüchen, Ungleichzeitigkeiten und Konflikten im Modernisierungsprozeß begründet. Die Schule ist gewiß nicht die Instanz, die in erster Linie für die Entstehung des neuen Rechtsextremismus verantwortlich zu machen ist - aber sie leistet durch die Art und Weise, wie sie Lernen heute organisiert, einen Beitrag zu den Erfahrungen, die manche Jugendliche veranlassen, sich die Welt mit rechtsextremen Denkmustern zu erklären.

Gleichwohl hat politische Bildung auch innerhalb der Schule, wie sie heute ist, Möglichkeiten, dem Rechtsextremismus entgegenzuwirken, ja sie ist im Rahmen dessen, was pädagogisch heute getan werden kann, ein zentraler Faktor der Prävention gegen rechtsextreme Einstellungen. Aber die Tatsache, daß Teile der Jugend heute ihre Sozialerfahrungen wieder mit vor- und anti-demokratischen Denkmustern verarbeiten, sollte bildungspolitisch auch zu einem neuen Nachdenken über das Selbstverständnis der Schule insgesamt führen - darüber, wie Schule heute beschaffen sein muß, um ein (Lern-) Klima zu "bereiten, das dem Äußersten ungünstig ist" (Theodor W. Adorno, a.a.O.).

Anmerkungen

1 Die folgenden Thesen waren Grundlage eines Vortrages, den ich im September 1992 auf einer gemeinsamen Fachtagung der DVPB-Landesverbände Hessen und Thüringen mit den beiden Landeszentralen für politische Bildung in Oberhof gehalten habe. Die Thesen werden hier aus Platzgründen nur sehr knapp erläutert, ebenso wird nur auf wenige Literatur verwiesen. Insbesondere kann den neueren sozialwissenschaftlichen Erklärungsansätzen für den Rechtsextremismus hier nicht nachgegangen werden, sie müssen als bekannt vorausgesetzt werden. (Zur ersten Orientierung sind geeignet: Wilhelm Heitmeyer: Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2-3/1993; Konrad Schacht: Rechtsextremismus heute. zum nachdenken, Neue Folge Nr. 34, hrsg. von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden 1991).

2 Vgl. hierzu auch Fritz Marz: Zum Umgang mit rechtsextremen Orientierungen von Jugendlichen in der Schule. Strategien für die pädagogische Praxis. In: Gegenwartskunde 4/1992

3 Wolfgang Hilligen: Didaktische Zugänge in der politischen Bildung. Schwalbach 1991, S. 36

4 Vgl. schon Herbert Marcuse: Das Veralten der Psychoanalyse. In: Ders.: Kultur und Gesellschaft 2, Frankfurt/M. 1965

5 Vgl. hierzu ausführlicher Wolfgang Sander: Zur Geschichte und Theorie der politischen Bildung. Allgemeinbildung und fächerübergreifendes Lernen in der Schule. 2. Aufl., Marburg 1989, S. 158 ff.; ders.: Vom Fach zum Bildungsbereich. Ein Plädoyer für Grenzüberschreitungen in der politischen Bildung. In: Ders. (Hrsg.): Konzepte der Politikdidaktik. Aktueller Stand, neue Ansätze und Perspektiven. Hannover 1992

6 Vgl. Lothar Krappmann: Sozialisation und Politische Bildung. Fachwissenschaftlicher Teil. In: Volker Nitzschke/Fritz Sandmann (Hrsg.): Metzler Handbuch für den politischen Unterricht. Stuttgart 1987, S. 157 ff.

7 Vgl. u.a. Gotthard Breit: Mit den Augen des anderen sehen - Eine neue Methode zur Fallanalyse. Schwalbach 1991

8 Vgl. die entsprechenden Hinweise bei Axel Görlich/Guido Steffens: Überlegungen zu: Rechtsextremismus und Schule. Hrsg. vom Hessischen Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung, Wiesbaden 1992

9 Ute Andresen: So dumm sind sie nicht. Von der Würde der Kinder in der Schule. 5. Aufl., Weinheim und Basel 1992

10 Vgl. Wolfgang Sander: Die Schule muß begründen, wozu die Anstrengungen gut sind. In: Frankfurter Rundschau vom 4.6.1992, S. 6

*Dr. Wolfgang Sander ist Privatdozent an der Universität Gießen.
Anschrift: Dr. Wolfgang Sander, Bergstr. 10, W-6301 Fernwald*